



Gemeinde Insingen

**Auswahl eines Netzbetreibers für den Aus- bzw. Aufbau eines Gigabit-Netzes gem. Gigabitrichtlinie des Bundes
(Richtlinie „Förderung zur Unterstützung des Gigabitausbaus der Telekommunikationsnetze in der Bundesrepublik Deutschland“)**

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

Anlage 5a: Eigenerklärungen des Bewerbers zum Teilnahmewettbewerb

Eigenerklärungen des Bewerbers zum Teilnahmewettbewerb

zum Verhandlungsverfahren gem. Gigabitrichtlinie des Bundes
der Gemeinde Insingen

Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister:

(Konzessionsbekanntmachung Punkt III.1.1)

Der Bewerber erklärt, dass

- a) alle Gesetze und Vorschriften, welche sich auf die Bereiche Planung, Aufbau und Betrieb von Telekommunikationsanlagen beziehen, eingehalten werden,
- b) er sich bei der Erteilung von Auskünften im Vergabeverfahren keiner falschen Erklärungen schuldig gemacht oder entsprechende Auskünfte unberechtigterweise nicht erteilt hat,
- c) er die geltenden Bestimmungen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegaler Arbeitnehmermissbrauch und Leistungsmissbrauch i.S.d. Dritten Sozialgesetzbuches, des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes bzw. des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit einhält und im Auftragsfall einhalten wird,
- d) er das Mindestlohngesetz einhält,
- e) er eine Haftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von 2.000.000 € für Personenschäden und 1.000.000 € für Sachschäden abgeschlossen hat oder im Fall der Auftragserteilung abschließen wird
- f) keine Gründe gem. § 123 Abs. 1 und 2 GWB und § 124 Abs. 1 GWB vorliegen, die zwingend zum Ausschluss von der Teilnahme am Vergabeverfahren führen müssen.

Zur Information ist nachfolgend der Wortlaut von § 123 Abs. 1 und 2 GWB wiedergegeben:

(1) Öffentliche Auftraggeber schließen ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme aus, wenn sie Kenntnis davon haben, dass eine Person, deren Verhalten nach Absatz 3 dem Unternehmen zuzurechnen ist, rechtskräftig verurteilt oder gegen das Unternehmen eine Geldbuße nach § 30 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten rechtskräftig festgesetzt worden ist wegen einer Straftat nach:

- 1. § 129 des Strafgesetzbuchs (Bildung krimineller Vereinigungen), § 129a des Strafgesetzbuchs (Bildung terroristischer Vereinigungen) oder § 129b des Strafgesetzbuchs (Kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland),*
- 2. § 89c des Strafgesetzbuchs (Terrorismusfinanzierung) oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 des Strafgesetzbuchs zu begehen,*
- 3. § 261 des Strafgesetzbuchs (Geldwäsche; Verschleierung unrechtmäßig erlangter Vermögenswerte),*
- 4. § 263 des Strafgesetzbuchs (Betrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*

5. *§ 264 des Strafgesetzbuchs (Subventionsbetrug), soweit sich die Straftat gegen den Haushalt der Europäischen Union oder gegen Haushalte richtet, die von der Europäischen Union oder in ihrem Auftrag verwaltet werden,*
 6. *§ 299 des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung im geschäftlichen Verkehr),*
 7. *§ 108e des Strafgesetzbuchs (Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern),*
 8. *den §§ 333 und 334 des Strafgesetzbuchs (Vorteilsgewährung und Bestechung), jeweils auch in Verbindung mit § 335a des Strafgesetzbuchs (Ausländische und internationale Bedienstete),*
 9. *Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr) oder*
 10. *den §§ 232, 232a Absatz 1 bis 5, den §§ 232b bis 233a des Strafgesetzbuches (Menschenhandel, Zwangsprostitution, Zwangsarbeit, Ausbeutung der Arbeitskraft, Ausbeutung unter Ausnutzung einer Freiheitsberaubung).*
- (2) *Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne des Absatzes 1 stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.*

Zur Information ist nachfolgend der Wortlaut von § 124 Abs. 1 GWB wiedergegeben:

- (1) *Öffentliche Auftraggeber können unter Berücksichtigung des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit ein Unternehmen zu jedem Zeitpunkt des Vergabeverfahrens von der Teilnahme an einem Vergabeverfahren ausschließen, wenn*
1. *das Unternehmen bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nachweislich gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen hat,*
 2. *das Unternehmen zahlungsunfähig ist, über das Vermögen des Unternehmens ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares Verfahren beantragt oder eröffnet worden ist, die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt worden ist, sich das Unternehmen im Verfahren der Liquidation befindet oder seine Tätigkeit eingestellt hat,*
 3. *das Unternehmen im Rahmen der beruflichen Tätigkeit nachweislich eine schwere Verfehlung begangen hat, durch die die Integrität des Unternehmens infrage gestellt wird; § 123 Absatz 3 ist entsprechend anzuwenden,*
 4. *der öffentliche Auftraggeber über hinreichende Anhaltspunkte dafür verfügt, dass das Unternehmen Vereinbarungen mit anderen Unternehmen getroffen hat, die eine Verhinderung, Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezwecken oder bewirken,*
 5. *ein Interessenkonflikt bei der Durchführung des Vergabeverfahrens besteht, der die Unparteilichkeit und Unabhängigkeit einer für den öffentlichen Auftraggeber tätigen Person bei der Durchführung des Vergabeverfahrens beeinträchtigen könnte und der durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen nicht wirksam beseitigt werden kann,*
 6. *eine Wettbewerbsverzerrung daraus resultiert, dass das Unternehmen bereits in die Vorbereitung des Vergabeverfahrens einbezogen war, und diese Wettbewerbsverzerrung nicht durch andere, weniger einschneidende Maßnahmen beseitigt werden kann,*
 7. *das Unternehmen eine wesentliche Anforderung bei der Ausführung eines früheren öffentlichen Auftrags oder Konzessionsvertrags erheblich oder fortdauernd mangelhaft erfüllt hat und dies zu einer vorzeitigen Beendigung, zu Schadensersatz oder zu einer vergleichbaren Rechtsfolge geführt hat,*

8. *das Unternehmen in Bezug auf Ausschlussgründe oder Eignungskriterien eine schwerwiegende Täuschung begangen oder Auskünfte zurückgehalten hat oder nicht in der Lage ist, die erforderlichen Nachweise zu übermitteln, oder*
9. *das Unternehmen*
 - a) *versucht hat, die Entscheidungsfindung des öffentlichen Auftraggebers in unzulässiger Weise zu beeinflussen,*
 - b) *versucht hat, vertrauliche Informationen zu erhalten, durch die es unzulässige Vorteile beim Vergabeverfahren erlangen könnte, oder*
 - c) *fahrlässig oder vorsätzlich irreführende Informationen übermittelt hat, die die Vergabeentscheidung des öffentlichen Auftraggebers erheblich beeinflussen könnten, oder versucht hat, solche Informationen zu übermitteln.*

Hinweise:

Dem Bewerber ist bekannt, dass die Verweigerung dieser Eigenerklärung oder die nachweisliche Unrichtigkeit der Angaben dazu führt, dass er vom Vergabeverfahren ausgeschlossen wird.

Sofern sich der Bewerber zum Nachweis seiner Eignung auf ein Nachunternehmen stützen möchte, hat er die geforderten Nachweise auch für das vorgesehene Nachunternehmen abzugeben. Handelt es sich bei dem Bewerber um eine Bietergemeinschaft, so sind die geforderten Nachweise für alle Mitglieder der Bietergemeinschaft zu erbringen.

Der Bewerber hat darüber hinaus beizufügen:

- g) Ein Unternehmensprofil oder sonst aussagekräftige Angaben über den Bewerber,
- h) den Nachweis der Haftungs- und Eigentumsverhältnisse des Bewerbers durch Vorlage eines Auszugs aus dem Handelsregister des Herkunftslandes, der zum Zeitpunkt des Ablaufs der Bewerbungsfrist nicht älter als drei Monate sein darf; dieses Erfordernis entfällt bei nicht eingetragenen Personengesellschaften bzw. anderen nicht eintragungspflichtigen Unternehmen,
- i) den Nachweis über die Meldung als Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze an der Öffentlichkeit im Sinne des § 5 Telekommunikationsgesetz (TKG) bei der Bundesnetzagentur.

Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

(Konzessionsbekanntmachung Punkt III.1.2)

Der Bewerber erklärt in den letzten abgeschlossenen Geschäftsjahren des geforderten Zeitraumes nachfolgen aufgeführte Gesamtumsätze im bewerbenden Unternehmen und Umsätze aus Leistungen, die mit dem Konzessionsgegenstand oder Teilen davon vergleichbar sind, gehabt zu haben:

Geschäftsjahr		Gesamtumsatz des bewerbenden Unternehmens	Umsatz aus Leistungen, die mit dem Konzessionsgegenstand oder Teilen davon vergleichbar sind
1	JJJJ	€	€
2	JJJJ	€	€
3	JJJJ	€	€

Hinweis:

Der Bewerber hat darüber hinaus beizufügen:

Jahresabschlüsse oder Bilanzen des Bewerbers jeweils über die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre.

Sofern ein Bewerber noch nicht so lange auf dem Markt tätig ist, legt er für die fehlenden Jahre eine Unternehmensplanung vor.

Nichtbilanzierende Unternehmen legen eine attestierte Gewinn- und Verlustrechnung der letzten drei Jahre vor.

Technische und berufliche Leistungsfähigkeit:
(Konzessionsbekanntmachung Punkt III.1.3)

Der Bewerber benennt für den **Leistungsbereich Planung und Ausbau** eines Gigabit-Netzes, mit welchem zuverlässige Bandbreiten von mindestens 1 Gbit/s symmetrisch für mindestens die in der Bekanntmachung geforderte aktiv versorgte Endnutzeranzahl, nachfolgende Referenzen aus dem geforderten Zeitraum vor Ende der Bewerbungsfrist:

Nr.	Referenz <u>Leistungsteil Planung & Ausbau</u> eines Gigabit-Netzes mit geforderter geschalteter Endkundenanzahl	Leistungs- erbringer	Leistung im gefor- derten Zeitraum	Auftragswert Leistungsteil
1			<input type="checkbox"/> Ja	€
2			<input type="checkbox"/> Ja	€
3			<input type="checkbox"/> Ja	€
4			<input type="checkbox"/> Ja	€

Der Bewerber benennt für den **Leistungsbereich Betrieb** eines Gigabit-Netzes, mit welchem zuverlässige Bandbreiten von mindestens 1 Gbit/s symmetrisch für mindestens die in der Bekanntmachung geforderte aktiv versorgten Endnutzeranzahl, nachfolgende Referenzen aus dem geforderten Zeitraum vor Ende der Bewerbungsfrist:

Nr.	Referenz <u>Leistungsteil Betrieb</u> eines Gigabit-Netzes mit geforderter geschalteter Endkundenanzahl	Leistungs- erbringer	Leistung im gefor- derten Zeitraum	Auftragswert Leistungsteil
1			<input type="checkbox"/> Ja	€
2			<input type="checkbox"/> Ja	€
3			<input type="checkbox"/> Ja	€
4			<input type="checkbox"/> Ja	€

Hinweis:

Sofern ein Bewerber nicht für alle Leistungsbereiche Referenzen vorweisen kann, so hat er diese Leistungsteile ggfs. unter Einbindung von entsprechend erfahrenen Unterauftragnehmern nachzuweisen.

Im Falle der Eignungsleihe sind entsprechend § 47 VgV sowohl eine Verpflichtungserklärung dieses / dieser Unterauftragnehmers/r, sowie alle in der Bekanntmachung zur Eignung geforderten Nachweise und Erklärungen auch für diesen/e vorzulegen.

Firma, Stempel

Ort, Datum, Unterschrift

Erklärung der Bieter zur Bietergemeinschaft

(Optional: Nur zu zeichnen, wenn und soweit der Anbieter in Form einer Bietergemeinschaft auftritt)

Die Bewerber treten in Form einer Bietergemeinschaft auf, welche aus aufgeführten Parteien besteht.

Im Falle einer Auftragsvergabe haften alle Teilnehmer der Bietergemeinschaft gesamtschuldnerisch.

Für die Bietergemeinschaft benennen die Parteien folgenden zentralen Ansprechpartner, der befugt ist, alle Erklärungen und Angebote Namens und im Auftrage der Bietergemeinschaft abzugeben:

Zentraler Ansprechpartner:

Vollständiger Unternehmensname		
Anrede, Titel	Vorname	Name
Telefon		Fax
E-Mail		

Teilnehmer 1 der Bietergemeinschaft:

Vollständiger Unternehmensname	
Straße	Hausnummer
PLZ	Ort
Firmenstempel	Ort, Datum
	Unterschrift

Teilnehmer 2 der Bietergemeinschaft:

Vollständiger Unternehmensname	
Straße	Hausnummer
PLZ	Ort
Firmenstempel	Ort, Datum
	Unterschrift

Teilnehmer 3 der Bietergemeinschaft (soweit vorhanden):

Vollständiger Unternehmensname	
Straße	Hausnummer
PLZ	Ort
Firmenstempel	Ort, Datum
	Unterschrift

Teilnehmer 4 der Bietergemeinschaft (soweit vorhanden):

Vollständiger Unternehmensname	
Straße	Hausnummer
PLZ	Ort
Firmenstempel	Ort, Datum
	Unterschrift